



## Nachwuchs auf Geisterjagd

„Ghostbusters: Legacy“ schreibt einen Komödienhit von 1984 fort. ► KULTUR

## Gedränge und fehlende Masken

Weihnachtsmarkt-Bereich auf dem Friedensplatz wird eingezäunt. ► SEITE 9

D2107 | Nr. 269 | 77. Jahrgang

www.echo-online.de

Donnerstag, 18. November 2021 Preis: 2,30 Euro

### WETTER

Sonne schwächelt mitunter  
**10°**  
4°  
Südwestwind  
► FERNSEHEN / WETTER

### HEUTE

Dem Virus ist es vollkommen egal, ob Deutschland sich gerade in einer Phase mit geschäftsführender Bundesregierung, die ich führe, und Verhandlungen zur Bildung einer neuen Bundesregierung befindet.

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) bei der Hauptversammlung des Städtetags

► POLITIK

### Schlechtes Zeugnis für Deutschland

Rückschritt statt Fortschritt: Nach Einschätzung ausländischer Konzerne hat Deutschland bei wichtigen Standortfaktoren wie Steuern und Digitalisierung im EU-Vergleich weiter an Wettbewerbsfähigkeit verloren. Die Folgen zeigen sich in ihren Investitionsplänen.

► WIRTSCHAFT

### Filmstar, Choleriker und Täter

Klaus Kinski ist für seine Cholerik mindestens genauso berühmt wie für seine Filme. Nun jähren sich der Todestag und der wohl legendärste Auftritt des Filmstars, über dessen Schaffen ein Schatten liegt. Er hat sich des Missbrauchs seiner Kinder schuldig gemacht.

► KULTUR

### Welfenprinz will Marienburg zurück

Jetzt wird der Familienstreit vor Gericht ausgetragen: Ernst August Prinz von Hannover klagt gegen seinen Sohn, den Erbprinzen Ernst August.

► AUS ALLER WELT

### KONTAKT

Zustellung /  
Abonnement: 061 51 / 387 29 50  
Fax: 061 51 / 387 29 79  
www.vrm-abo.de/aboservice  
Privatanzeigen: 061 51 / 387 29 29  
Online: www.vrm-anna.de  
Redaktion: 061 51 / 387 27 27  
Fax: 061 51 / 387 27 30  
E-Mail: darmstaedter-echo@vrm.de

www.facebook.com/  
echoonline

Probeabo: 061 51 / 387 29 50

Berliner Allee 65  
64295 Darmstadt

Kundenservice  
Montag bis Freitag: 9-15 Uhr



Wir sind **VRM**



## Verschärfte Regeln

2G oder 3G? Wie Gastronomen im Landkreis Darmstadt-Dieburg die aktuellen Corona-Schutzmaßnahmen umsetzen und wie sich diese auf das Vereins- und Gemeindeleben in Darmstadt auswirken. ► SEITEN 9 UND 15

## Corona-Bremse dringend gesucht

Infektionszahlen erneut auf Rekordhöhe / Bund und Länder unter Druck / Union lehnt Ampel-Pläne ab

**BERLIN** (dpa). Im Kampf gegen die immer bedrohlichere Corona-Welle in Deutschland müssen sich Millionen Bürger auf neue Alltagsauflagen einstellen. Der Bundestag soll an diesem Donnerstag Gesetzespläne der voraussichtlichen Regierungspartner SPD, FDP und Grüne beschließen, die generelle Testvorgaben am Arbeitsplatz, in Bussen, Bahnen und Pflegeheimen vorsehen. Im Anschluss folgt eine Krisenrunde der Ministerpräsidenten mit der geschäftsführenden Kanzlerin Angela Merkel (CDU). Im Blick steht dabei eine einheitliche Linie etwa bei Zugangsregeln, Alarmschwellen der Klinikbelastung und mehr Impfungen. Merkel verlangte wegen steil steigender

Infektionszahlen dringende Klärungen. Die gegenwärtige Pandemielage sei „dramatisch“, sagte sie. „Die vierte Welle trifft unser Land mit voller Wucht.“ Die Bund-Länder-Runde sei „überfällig“. Die Gesundheitsämter meldeten den Höchstwert von 52 826 neuen Fällen an einem Tag. Die Zahl der Neuinfektionen pro 100 000 Einwohner in sieben Tagen stieg auf das neue Hoch von 319,5.

Als dringende Corona-Bremse wollen die Ampel-Koalitionäre in spe jetzt Regelungen beschließen, die zuletzt noch deutlich ergänzt wurden. Sie sollen eine andere Rechtsgrundlage für Auflagen vor Ort schaffen, wenn die bisher vom Bundestag festgestellte „Epidemische Lage von

**PRIORISIERUNG**  
► Hessens Ministerpräsident Volker Bouffier (CDU) verlangt eine bundesweit einheitliche Regelung bei den Corona-Auffrischungsimpfungen. SPD-Gesundheitsexperte Karl Lauterbach hat die Ständige Impfkommission aufgefordert, ihre Empfehlung für Booster-Impfungen mit einer Priorisierung zu koppeln.

nationaler Tragweite“ zum 25. November ausläuft. Am Freitag stimmt der Bundesrat darüber ab – aus Sicht der Unionsländer schränkt das Gesetz die bisherigen Möglichkeiten aber zu weit ein: „nicht zustimmungsfähig“ schrieb Nordrhein-Westfalens

Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU) in ihrem Namen an den geschäftsführenden Bundesfinanzminister Olaf Scholz. Auch die Unionsfraktion im Bundestag will die Pläne der Ampel-Fraktion mehrheitlich ablehnen.

### Warten auf die Empfehlung der Stiko

Für SPD, FDP und Grüne dagegen sind es effektive Maßnahmen – nur ohne pauschale Lockdowns oder flächendeckende Schulschließungen. Die Länder sollen auch weiter harte Maßnahmen ergreifen können, etwa Verbote von Veranstaltungen in Freizeit, Kultur und Sport. Es fallen aber einige Instrumente weg: etwa Verbote von Demonstrationen

und Gottesdiensten, Geschäfts- und Schulschließungen, Verbote innerdeutscher Reisen oder touristischer Übernachtungen. Die Zahl der in Kliniken aufgenommenen Corona-Patienten je 100 000 Einwohner in sieben Tagen stieg bundesweit auf 5,15. Merkel will mit den Ländern nun eine Marke festlegen, ab der zusätzliche Eindämmungsmaßnahmen greifen müssen. Es wäre „eine Katastrophe“, erst zu handeln, wenn die Intensivstationen voll seien. Auch sie hält die Pläne der Ampel-Fraktionen für unzureichend. Der Vorsitzende der Ständigen Impfkommission, Thomas Mertens, stellte eine baldige Ausweitung der Empfehlung für Auffrischungsimpfungen in Aussicht.

## Werke bleiben bei Opel

Produktionsstätte am Stammsitz Rüsselsheim wird nicht ausgegliedert

Von Ralf Heidenreich

**RÜSSELSHEIM.** Die Zerschlagung von Opel ist erst einmal vom Tisch. Wie die IG Metall am Mittwoch mitteilte, haben sich Betriebsrat, Gewerkschaft und Opel-Management darauf geeinigt, das Werk am Stammsitz Rüsselsheim nicht aus dem Opel-Verbund herauszulösen und es als Teil des Autoherstellers zu belassen. Darüber hinaus wird die Produktionsstätte in Eisenach zwar in eine eigenständige Gesellschaft überführt, diese jedoch bleibt eine 100-prozentige Tochter von Opel.

Stellantis hatte Ende Oktober für einen Proteststurm gesorgt, als Pläne bekannt wurden, dass die Opel-Mutter prüft, die Werke in Hessen und im thüringischen Eisenach aus dem Opel-Verbund herauszulösen und in eigenständige Gesellschaften umzuwandeln, die unter das Dach der Stellantis-



In Rüsselsheim bleibt alles wie gehabt. Darauf haben sich der Mutterkonzern Stellantis und Arbeitnehmervertreter geeinigt. Foto: dpa

Holding schlüpfen. Die Arbeitnehmervertreter befürchteten, dass dies der Beginn der Zerschlagung von Opel sein könnte und auf diesem Weg die Mitbestimmung ausgehöhlt werden soll.

Wie aus der Mitteilung weiter hervorgeht, läuft in Eisenach auch bald die Produktion

wieder an, nachdem wegen des Chipmangels die Fertigung dort komplett gestoppt worden war. Dabei wird der Standort sogar gestärkt, denn künftig wird der SUV Grandland ausschließlich in Eisenach gebaut und – nicht wie bislang parallel im französischen Sochaux.

## Merkel spricht erneut mit Lukaschenko

Ringern um humanitäre Hilfe für Migranten

**BERLIN/MINSK** (dpa). Kanzlerin Angela Merkel (CDU) hat wegen der Krise um die Migranten an der polnisch-belarussischen Grenze erneut mit dem belarussischen Machthaber Alexander Lukaschenko telefoniert. Merkel habe dabei die Notwendigkeit betont, dass die humanitäre Versorgung und Rückkehrmöglichkeiten der Betroffenen im Zusammenspiel mit dem Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen und der Internationalen Organisation für Migration erfolgen sollte, sagte Regierungssprecher Steffen Seibert. Zudem sollte mit der EU-Kommission zusammengearbeitet werden. Erst am Montag hatten beide ein Telefonat geführt. Danach hatte es teils heftige Kritik an Merkel gegeben. Vor allem Polen war nach dem Telefonat Merkels verstimmt. Präsident

Andrzej Duda unterstrich, sein Land werde keine Vereinbarungen akzeptieren, die ohne seine Beteiligung getroffen würden. Die Bundesregierung verteidigte Merkels Entscheidung. „Sie hat dieses Telefonat eng abgestimmt mit der Europäischen Kommission“, sagte Regierungssprecher Steffen Seibert. Die Lage der Migranten an der Grenze sei dramatisch. An der belarussisch-polnischen Grenze sind Tausende Migranten gestrandet. Die EU beschuldigt Lukaschenko, in organisierter Form Flüchtlinge aus Krisenregionen an die EU-Außengrenze zu bringen, um Druck zu machen. Unterdessen scheint sich die Lage dort zu entspannen. Die Behörden in Belarus haben offenbar damit begonnen, einen Teil der Migranten von der Grenze an einen anderen Ort zu bringen.

## EU: Gesetz zum Schutz der Wälder

**BRÜSSEL** (dpa). Die EU-Kommission möchte Soja und Palmöl aus Plantagen auf neu gerodeter Regenwaldfläche nicht mehr in die Europäische Union lassen. Insgesamt könnten Importe von Waren, für deren Produktion Wälder zerstört wurden, in der EU bald verboten werden. Die zuständigen EU-Kommissare Virginijus Sinkevicius und Frans Timmermans präsentierten einen entsprechenden Gesetzesvorschlag. Gleichzeitig schlug die EU-Kommission strengere Regeln für Abfallexporte vor.

### Lieferketten müssen überprüft werden

Beim Gesetz zum Schutz der Wälder geht es darum, dass Händler und Produzenten überprüfen müssen, ob Ware aus Gebieten stammt, die seit Anfang 2021 abgeholzt wurden. Das betrifft Importe von Rindfleisch, Holz, Soja, Palmöl, Kaffee und Kakao sowie eine Liste von Gütern, die daraus produziert werden – etwa Schokolade oder Leder. Es müsste entlang der gesamten Lieferkette geprüft werden, ob illegale oder legale Waldrodung stattgefunden haben. Dank der Abfallrichtlinie soll weniger Müll aus EU-Staaten in Drittländer exportiert werden. 2020 seien aus der Union rund 33 Millionen Tonnen Abfall ins Ausland geschickt worden, rund die Hälfte davon an Länder mit niedrigeren Recycling-Standards, sagte Sinkevicius.

## Steinmeier bei BKA-Herbsttagung

**WIESBADEN** (cc). Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat die Herbsttagung des Bundeskriminalamtes am Mittwoch mit eindringlichen Worten eröffnet. Das Land sei von „brutalen rechtsextremen Terrorakten mitten ins Herz getroffen worden“, sagte er. Sorge bereite ihm auch der zunehmende Verschwörungsglaube. Der bereite den Boden für Angriffe auf Medien, Impfärzte und Wissenschaftler, und Sorge „für ein Klima der Spaltung und Hetze“. Es sei Aufgabe der Polizei, Freiheit und Demokratie zu schützen. Das BKA werde heute mehr denn je gebraucht.

## Kinder-Impfstoff ab 20. Dezember

**BERLIN** (dpa). Das Bundesgesundheitsministerium rechnet damit, dass ein Corona-Impfstoff für Kinder zwischen fünf und elf Jahren wohl bis kurz vor Weihnachten verfügbar sein könnte. Eine mögliche Zulassung für diese Altersgruppe könne für den Impfstoff von Biontech noch im November erwartet werden, heißt es in einem Bericht des Ressorts zu den Bund-Länder-Beratungen an diesem Donnerstag. „Erstmalig verfügbar in Deutschland wird dieser Kinderimpfstoff vorbehaltlich der Zulassung voraussichtlich ab dem 20. Dezember 2021 sein.“